

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 30.

Dresden, Sonnabend den 6. Februar 1909.

20. Jahrg.

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich 80 Pf. ...

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3485. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserats werden die gespaltene Zeitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. ...

## Amerika als Weltmacht der Industrie.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika entwickelten sich mit rasender Geschwindigkeit zu einer der mächtigsten Nationen der Erde. ...

Während der ersten fünf Jahre des letzten Jahrzehnts war die Bevölkerung aller großen Städte ...

Der mittlere Reichthum Amerikas ist enorm. Die einflussreichen Familien und Stämme ...

kräfte erzeugen, also betraue so viel, wie das ganze industrielle Deutschland in seinen Betrieben heute verbraucht. ...

Nicht als in einem anderen Lande ist in Amerika die Konzentration der Produktion durchgeführt und in die Hände weniger Kapitalisten gelangt. ...

## Theaterlärm.

Am die Nachlasssteuer. Von einer bevorstehenden Auflösung des Reichstags wird in Berlin viel gesprochen. ...

## Sitzung der Finanzkommission.

In der Freitagssitzung der Finanzkommission des Reichstages wurde die Generaldiskussion und Beratung des § 1 des Entwurfs eines Nachlasssteuergesetzes fortgesetzt.

Die Mitglieder der Reichspartei (Camp und Genossen) bringen folgenden Antrag ein: Die Kommission wolle im Falle der Ablehnung des § 1 beschließen: die verbündeten Regierungen um die Vorlage eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, durch welchen die Aufhebung der durch die Abänderung der Nachlasssteuer entstandenen Fehlbeträge durch die Bundesstaaten in folgender Weise geregelt wird: ...

Ein Mitglied der Reichspartei begründet den obigen Antrag. Die Regierungsvorlage sei der großen Mehrheit des Reichstages unpopulär; sie komme den sozialdemokratischen Grundgedanken entgegen; die Sozialdemokratie sei daher die einzige Partei, bei welcher der Entwurf freudiger Zustimmung gefunden habe.

Ein sozialdemokratischer Vertreter wendet sich gegen den preussischen Finanzminister, der gelangt hat, die arbeitenden Klassen seien fastia genug, um mehr Lasten zu tragen. ...

Von freisinniger Seite wird gegen die Behauptung aufgetrieben, daß die Nachlasssteuer die Landwirtschaft schwer treffen würde. In Schlesien würden von den rund 87 000 in Betracht kommenden Landwirten nur rund 15 000 für die Besteuerung in Frage kommen. ...

In die Verhandlung triffen dann nacheinander die Finanzminister der Einzelstaaten ein. Der bayerische Finanzminister erklärte, er sei von der Notwendigkeit der Rückübertragung des Vermögens durchdrungen. ...

Von der freisinnigen Seite wurde nunmehr als Erfolg für die Nachlasssteuer für den Fall der Ablehnung eine Reichsvermögenssteuer beantragt, und zwar qualifiziert damit, daß jährlich im Reichshaushaltetat bestimmt werden soll, wie viel Staatskosten zu erheben sind.

Der sächsische Finanzminister vertritt den gleichen Standpunkt wie der bayerische. Die Reichsbeiträge könnten als Kopfsteuer nicht bezeichnet werden; sie würden nach der Kopfzahl berechnet. Die Nachlasssteuer sei nichts anderes als eine Nachlasssteuer, die ebenso wie jede andere Schuld von den Erben aus dem Nachlass zu zahlen sei. ...

Der großherzoglich-sächsische Bundesratsbevollmächtigte schließt sich den beiden Vordemern an. Die Veredelung der Reichsbeiträge würde die kleineren Einzelstaaten zwar besser und gerechter stellen, es fehle zurzeit aber an jedem Maßstab für ihre Durchführung, so daß der von der Regierung vorgezeichnete Weg der einzig gangbare sei.

Ein Zentrumsgesandneter begründet nochmals die ablehnende Haltung seiner Fraktion gegen die Nachlasssteuer und wendet sich hauptsächlich gegen eine Reichsvermögenssteuer wegen der damit verbundenen finanziellen Gefahr für die Einzelstaaten. Er bittet, bei Ablehnung des § 1 die Weiterberatung des Entwurfs abzubrechen, um eine Verzögerung zu vermeiden.

Der preussische Finanzminister weist gegenüber diesen Ausführungen auf die Rede des Hrn. Frigen vom 6. Dezember 1906 hin, in der dieser unter Umständen für eine Nachlasssteuer auf Besondere und Abgeordnete sich ausgesprochen hat. ...

Nächste Sitzung: Sonnabend.